LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Famille et de l'Intégration

FONDS NATIONAL DE SOLIDARITE

8-10, rue de la Fonderie
LUXEMBOURG
Tél: 49 10 81-1 Fax: 26 12 34 64

Boîte Postale 2411
L-1024 Luxembourg

Öffnungszeit der Schalter :
Morgens : von 8h30 bis 11h30

ANTRAG ZUR ERLANGUNG EINER TEUERUNGSZULAGE 2010

ANTRAGSTELLER	
Erkennungsnummer :	
Name :	
Vorname :	
Strasse & Nummer :	
Postleitzahl & Wohnort :	

Zivilstand

- ledig ☐
- verheiratet ☐
- Partnerschaft ☐
- verwitwet ☐
- geschieden ☐
- getrennt ☐

Telefon :	
Handy :	
Kontoinhaber :	
Bank :	
IBAN-Kontonummer :	

Gewünschte Sprache für den Schriftverkehr : französisch ☐ deutsch ☐

Fragebogen bezüglich der Einkünfte aller Mitglieder des Haushaltes

	ja	Betrag	nein
Einkünfte aus beruflichen Tätigkeiten	☐	.....	☐
Krankengeld	☐	.....	☐
Arbeitslosenunterstützung	☐	.....	☐
luxemburgische Rente	☐	.....	☐
Unfallrente	☐ (1)	.....	☐
ausländische Rente	☐ (1)	.....	☐
Erziehungspauschale	☐	.....	☐
Kinderzulage	☐	.....	☐
Mutterschaftszulage	☐	.....	☐
Erziehungszulage	☐	.....	☐
Elternurlaubsentschädigung	☐	.....	☐
Zuschuss RMG Mindesteinkommen	☐	.....	☐
Eingliederungsentschädigung ATI	☐	.....	☐
Behinderteneinkommen RPGH	☐	.....	☐
Bezieher einer Alimentenrente	☐ (1)	.....	☐
Schuldner einer Alimentenrente	☐ (2)	.....	☐
Einkommen aus beweglichen und unbeweglichen Gütern (Miete, Pacht, Wohnrecht, Nutzniessung, usw.)	☐ (1)	.....	☐
andere Einkommen	☐ (1)	.....	☐

(1) Bitte einen aktuellen Zahlungsbeleg beifügen, welcher Auskunft über die Höhe des Einkommens gibt
(2) Bitte eine Abschrift des Urteils sowie einen Zahlungsbeleg beifügen

WICHTIG :
Diesem Antrag ist unbedingt eine von der Gemeinde ausgestellte Bescheinigung über Ihre Haushaltszusammensetzung beizufügen.

Datenschutz : Das Gesetz vom 2. August 2002 betreffend den Schutz von Personen bezüglich ihrer Datenverarbeitung sieht vor, dass die im Formular gewünschten Angaben sowie die zur Bearbeitung Ihrer Akte notwendigen Daten nur zu diesem Zweck sowie zur Überprüfung der vom Nationalen Solidaritätsfonds gezahlten Leistungen dienen. Gemäss Wortlaut des ersterwähnten Gesetzes ist das Recht auf Zugriff, Berichtigung und Aufhebung von Daten gewährleistet.

Unterzeichneter versichert, dass er alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht hat. Es ist ihm des weiteren bekannt, dass unvollständige und falsche Angaben entsprechend den Bestimmungen des Art. 29 des Gesetzes über den Solidaritätsfonds verfolgt und bestraft werden. (Gefängnisstrafe von 1 Monat bis zu 5 Jahren und Geldstrafen von 251 EUR bis 2.500 EUR). Zu Unrecht gezahlte Leistungen müssen rückerstattet werden.

Datum _____ Unterschrift _____